

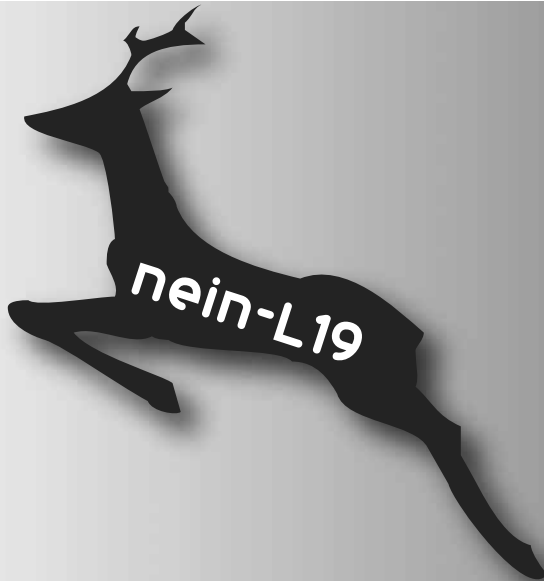
MG - Rheydt

# DIE LINKE.

Ausgabe II / 2009

Neuer Name – Alter Fehler  
Die L19

Wieder einmal bedroht die Autovorrang - Politik die Natur, diesmal in Form eines alten immer wieder aufkommenden Themas: Die L19!



Dabei sollte doch diese Straße längst abgehakt sein, ist sie doch schon unter dem Namen „A44“ in den 80er Jahren gescheitert.

Quer durch die Naturschutzgebiete am Schloß Rheydt und an den Landschaftsschutzgebieten der Niers entlang sollte die Autobahn von der Abfahrt Odenkirchen bis hin zum Anschluss Mönchengladbach-Ost eine Schneise durch die Stadt schlagen.

Seite 3: Verkehrsberuhigung Geneicken/Bonnenbroich

Zu Recht ist die A44 an der Umweltverträglichkeitsprüfung gescheitert und wurde ad acta gelegt.

Doch täglich grüßt das Murmeltier und so taucht in der „Integrierten Gesamt Verkehrs Planung“ (IGVP) des Landes NRW weit vorne auf Platz sieben die L19 auf, erstmal nur von Odenkirchen bis zur Ritterstraße. Dass eine solche Landstraße nicht den innerstädtischen Verkehr entlastet, sondern den überregionalen Verkehr durchleitet, ist klar - und so droht die L19 im ersten Schritt als vierspurige Straße die Stadtteile Odenkirchen und Giesenkirchen in Süd – Nordrichtung zu durchtrennen. Im zweiten Schritt wird sie dann auch durchgebaut werden.

Faktisch wird so das umgesetzt, was gar nicht möglich sein sollte: Die Zerstörung eines einmaligen, zusammenhängenden Grünstreifens im Osten der Stadt. Dabei investiert das Land NRW zeitgleich in die Renaturierung des Niersstreifens.

Inzwischen hat sich auch der BUND zu Wort gemeldet und sein Unverständnis für ein solches Projekt geäußert. Dabei wird die Frage gestellt, „inwieweit ein Neubau überhaupt eine Entlastung von Lärm, Luftschadstoffen, Unfallgefahren und Energieressourcen mit sich bringt?“

Am Ende kommt der BUND zum Schluss, dass schon jetzt die Gladbacher BürgerInnen ein enges Straßennetz und die daraus resultierende hohe Lärm- und Schadstoffbelastung ertragen müssen. Die L19 würde diese Situation verstärken, es gibt keine Anzeichen, was einen solchen Eingriff in die Natur und Landschaft rechtfertigen würde.

Hingegen stelle aber die demographische und wirtschaftliche Entwicklung den Sinn einer solchen Straße in Frage.

Viel wichtiger ist es, die Lebensqualität in den Stadtteilen zu erhalten und auszubauen. Dafür bedarf es den Erhalt der Naherholungsgebiete und der Entlastung der Straßen. Das geht aber nur, wenn in den „Öffentlichen Personen Nahverkehr“ investiert wird und nicht in den Bau neuer Straßen.

Die drohende Gefahr hat auch die Bürgerinitiative „Nein-L19“ erkannt. Sie sieht in der Kommunalwahl 2009 eine letzte Chance, diesen Wahnsinn zu stoppen. Mit anderen Mehrheitsverhältnissen muss der Rat der Stadt beim Land die Streichung der L19 aus dem IGVP beantragen.

Um noch rechtzeitig die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren ruft die Bürgerinitiative zu einer Demonstration auf:

## **Gegen den geplanten Bau der Landstrasse L19**

Donnerstag, 7. Mai 2009, 17:00 Uhr  
vor dem Rathaus Giesenkirchen /  
Marktplatz

### **Impressum**

V.i.S.d.P:

**DIE LINKE.** / Helmut Schaper  
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01  
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

## Kommentar

Verkehrsberuhigung  
Geneicken/Bonnenbroich

Dieter Braeg  
DIE LINKE. Mönchengladbach

Seit Jahrzehnten wird im Wohngebiet Geneicken/Bonnenbroich über die Dohler Straße, die später in die Geneickener Straße mündet, PKW/LKW Verkehr in einer nicht akzeptablen Größenordnung abgewickelt. Täglich fahren durch die Dohler Straße, die eine reine Wohnstraße ist, an die 20 000 Fahrzeuge. Feinstaub- und Lärmbelästigung haben in diesem Bereich unzumutbare Formen angenommen. Wie sollen die Bürgerinnen und Bürger auch bei einer Lärmbelästigung von mehr als 75 dB(A) „leben“?

**So ist zu fordern:**

Die Dohler Straße ist samt aller anderen Straßen in diesem Gebiet, das durch die Straßen Ritterstraße, Am Gerstacker/Otto-Saffran-Straße und Düsseldorfer Straße begrenzt wird, in Gemeindestraßen umzuwidmen. Im Zuge der Kanal- und

Einzelanschlussarbeiten auf der Dohler Straße muss die Straße bei Wiederherstellung verkehrsberuhigt werden. Da Teile der Straße schon heute 30 km Zonen sind, sollten diese 30 km/h Zonen auf den ganzen Straßenzug ausgedehnt werden.

Genau diese Forderung wurde in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Rheydt Mitte nicht akzeptiert, der Beschluss: „Der Straßenabschnitt der Dohler Straße und der Geneickener Straße wird von der Ritterstraße bis zur Düsseldorfer Straße aus dem Straßenvorbehaltensnetz genommen und zur Gemeindestraße erklärt“ wurde mit 6 Ja-Stimmen – 7 Nein Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt. Der CDU Sprecher Roeske wehrte sich gegen diese Umwidmung, weil dies zur Folge gehabt hätte, dass die zukünftige Bezirksvertretung über die Belange der „Gemeinde Straße Dohler Straße“ bestimmt hätte. Sind das erste Rückzugsgefechte weil man befürchtet, im neuen „Großbezirk Süd“ nicht einen CDU – Bezirksbürgermeister/Bezirksvorsteher zu stellen?

Fakt ist, das Gebiet Geneicken/Bonnenbroich muss so rasch wie möglich, im Sinne besserer Wohn/Lebensqualität, verkehrsberuhigt werden.

Dieter Braeg

**Erwerbslosen-Frühstück**  
**Freitag 08.05.2009 ab 10:00 Uhr**  
**LiLO - Linke Liste Mönchengladbach**  
**Burgstrasse 4 / Odenkirchen**

## Hartz IV-Tipp

Nachdem in der Vergangenheit immer wieder die im Krankenhaus bereit gestellte Verpflegung als Einkommen angerechnet wurde, hat es nun eine Klarstellung aufgrund höchstrichterlicher Entscheidungen gegeben.

Aufgrund dieser Entscheidungen wurden die Durchführungsbestimmungen zum § 11 SGB II „Anrechnung von Einkommen“ wie folgt geändert.

Bereitgestellte Verpflegung im Krankenhaus oder in einer Haushaltsgemeinschaft

(11.63)

9) Verpflegung, die während eines Krankenhausaufenthaltes bzw. im Rahmen einer Haushaltsgemeinschaft zur Verfügung gestellt wird, ist nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld II anzurechnen (§ 1 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 4 Alg II-V).

Dies gilt rückwirkend für Ansprüche ab 1. Januar 2008. Wurde auf Ansprüche aus dem Jahr 2008 Krankenhausverpflegung bzw. Verpflegung in einer Haushaltsgemeinschaft angerechnet, ist die Entscheidung auf Grund der Änderung der rechtlichen Verhältnisse nach § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB X zu ändern; dies kann auf Antrag eines Betroffenen geschehen, oder wenn die Anrechnung anlässlich einer Aktenbearbeitung festgestellt wird.

Sollten also seit dem 1.1.2008 Verpflegung im Krankenhaus als Einkommen angerechnet worden sein, so besteht die Möglichkeit, auf Antrag hin, den einbehaltenen Betrag ausgezahlt zu bekommen.

## Klein bauen statt sanieren?

Leider sind viele Sportstätten in Mönchengladbach nicht im besten Zustand, deswegen gibt es schon seit März 2008 eine Liste mit dem Sanierungsbedarf. Darauf findet sich auch das Grenzlandstadion. Während alle anderen Anlagen Sanierungsbedarf im Bereich der Fußballspielflächen haben, geht es beim Grenzlandstadion nur um die 400m Laufbahn. Im Dezember warteten die CDU und FDP mit einem verblüffenden Auftrag an die Verwaltung auf: Geprüft werden soll, ob eine Neuordnung des Stadions und seiner Umgebung nicht wirtschaftlicher ist, als eine Sanierung.

Was hier angedacht ist, sollte allen GladbacherInnen sofort klar sein, nämlich eine Analogie zu den Sportplätzen Astenweg und Puffkohlen (Giesenkirchen 2015) und der Anlage Bergerfeld:

Statt Sanierung soll kleiner neu gebaut werden, die dadurch freiwerdende Fläche wird als Bauland verkauft und dient der Finanzierung.

Die Folgen einer solchen Politik für Mensch und Umwelt sind aus der Diskussion um Giesenkirchen 2015 bekannt: Flächenversiegelung, steigender Verkehr, Reduzierung von Grün- und Freizeitflächen, sinkende Lebensqualität, Überlastung der Kanalisation.

Und wieder droht die bekannte Luftnummer: Es wird mit ungesicherten Einnahmen geplant. Wie ist der Bedarf für solches Bauland? Wie sicher sind die kalkulierten Einnahmen? Im Jahr 2008 sanken die Kaufverträge um 4,8%, der

---

daraus resultierende Geldumsatz gar um 27%. Und wer will schon Bauland in einer Stadt, deren Freizeitwert kaputt gespart wird?

Das Grenzlandstadion ist in der derzeitigen Form unersetzlich:

Es ist die einzige ausgewiesene Leichtathletik - Anlage mit verschiedenen Laufbahnen, Sprunganlagen und Kugelstoßanlage. Des weiteren schließt es die Lücke zwischen Groß- und Kleinveranstaltungen. Das nutzt z.B. die Borussia für ihre Regional-Liga Mannschaft und für Testspiele. Neben Fußballplätzen, Hockey-Feldern und Tennisplätzen bietet das Areal ein Beach-Volleyball-, bzw. Beach-Soccer-Feld. Direkt nebenan gibt es eine Half-Pipe für Inline-Skating und Skateboard sowie ein Basketball Feld.

Es wäre ein Skandal, wenn ein solch stimmiges Gesamtkonzept wegen einer sanierungsbedürftigen Laufbahn zerstört wird. Wir brauchen kein zweites Giesenkirchen 2015, wir brauchen das Grenzlandstadion.

Zwang zur Hauptschule statt Umsetzung des Elternwillens?

Die Stadt investiert in Mönchengladbach 1,4 Millionen Euro in den Ausbau der Hauptschulen, davon alleine in der Hauptschule Kirschhecke ca. 900.000 Euro.

Die LiLO hat in der Sitzung der Bezirksvertretung Odenkirchen für den Neubau der Mensa und der zwei Freizeiträume für die Hauptschule Kirschhecke gestimmt. Nicht, weil die LiLO die Hauptschule als eine notwendige Schulform ansieht. Sie hat deshalb dafür gestimmt, weil eine

Chancengleichheit bezüglich der Ganztagschulen nicht nur auf dem Papier stehen darf, sondern auch gewährleistet werden muss, solange es diese Schulform gibt.

Gleichzeitig hat die LiLO CDU und FDP aufgefordert, auch für Chancengleichheit für Gesamtschüler zu sorgen.

Von 2627 Kindern wurden 2009 weniger als 100 Kinder an den 12 Hauptschulen der Stadt Mönchengladbach angemeldet.

Nach der ersten Anmeldung war keine Hauptschule in der Lage, auf Dauer einen

**linksjugend**  
**['solid]** 

*Wir wollen nicht weniger als die Welt verändern!*

Das ist das Motto der Linksjugend ['solid'], dem parteinahen Jugendverband von Die Linke.

Ab diesem Frühjahr soll nun auch **Mönchengladbach** einen linken Jugendverband haben!

Ziel soll es sein, **direkt und vor Ort** Jugendarbeit zu leisten und für **Jugendliche** da zu sein!

Informationen dazu gibt es unter [solid@die-linke-mg.de](mailto:solid@die-linke-mg.de) oder im LiLO-Büro

geordneten Schulbetrieb durchzuführen. 1,4 Millionen EUR für eine Schulform, die nicht überlebensfähig ist.

Gleichzeitig wurden 497 Kinder - fünfmal so viele, wie Anmeldungen an den Hauptschulen - an den Gesamtschulen abgewiesen, weil für sie kein Platz vorhanden ist. Indem Eltern dadurch gezwungen werden, ihre an der Gesamtschule wegen Platzmangel abgewiesenen Kinder an der Hauptschule anzumelden, sind von den 12 Hauptschulen gerade einmal sechs überlebensfähig. Bei den anderen ist auf Dauer kein geordneter Schulbetrieb möglich.

Es zeigt sich, dass die Schulform Hauptschule ein Auslaufmodell ist. Sie kann

Ihren Auftrag nicht erfüllen und wird von den meisten Eltern auch nicht gewollt. Durch die ideologische Festlegung der CDU, den Gesamtschulen keine Chance zu geben, werden Kinder gezwungen, eine Schule zu besuchen, die sie nicht wollen. Der Stadt entstehen Kosten durch Schulen, die es eigentlich schon nicht mehr geben dürfte. Angesichts der Haushaltslage der Stadt eine unverantwortliche Fehlentwicklung, die die CDU zu verantworten hat.

Die LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach fordert die sofortige Einrichtung einer sechsten und siebten Gesamtschule, um dem Elternwillen nach Gesamtschulplätzen nachzukommen. Des weiteren müssen die Hauptschulen, an denen nur eine Eingangsklasse gebildet werden kann, unverzüglich geschlossen werden.

Wir zahlen nicht für eure  
Krise. **Heraus zum 1. Mai**

Die schwerste kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hält die Welt in Atem. Die Krise bedroht Millionen Menschen mit Arbeitslosigkeit und Armut. Die Regierung verschiebt Milliarden Euro an Steuergeldern an marode Banken und senkt die Steuern für Besserverdienende. Für die arbeitenden Menschen tut sie nichts.

Den Arbeitslosen verweigert die Regierung die Erhaltung ihres Lebensstandards. Beziehen von Alg II wird nicht einmal das Nötigste zum Leben zugestanden. Auch unterlässt die Regierung alles, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.

---

Heute versuchen die Herrschenden, sich durch Sozialisierung der Verluste über die Krise zu retten. Selbst Verstaatlichung sowie die Schaffung sogenannter „Bad Banks“ für die Auslagerung fauler Kredite - noch vor Monaten aus ihrer Sicht die größte Todsünde - sind nicht mehr tabu.

- Stopp weiterer Massentlassungen
- Finanzmärkte regulieren statt Spekulationen zu finanzieren

Am 28. März haben tausende Menschen in Berlin und Frankfurt unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ demonstriert. Viele Menschen sind nicht mehr bereit, sich kampfflos mit den herrschenden Verhältnissen abzufinden.

Zum 1. Mai ruft die Gewerkschaft zu einer Maidemonstration auf. Leisten wir massenhaft Widerstand gegen Krise und Sozialkahltschlag für:

- **10 €gesetzlichen Mindestlohn**
- **30 Stunden - Woche bei vollem Lohnausgleich**
- **Sofortige Anhebung des SGB II Regelsatzes auf 500 Euro**

**DGB Mönchengladbach**  
Arbeit für Alle bei fairem Lohn

**1.Mai 2009**

**Demonstrationszug**

Ab Kirche St. Josef (Hermges) 10:00 Uhr

**Kundgebung**

Rheydter Markt ab 11:00 Uhr

Es spricht :

**Gregor Falkenhain (Ver.di)**

*Internationales Familienfest:*

- ☺ Kinderprogramm mit Betreuung
- ☺ Life- Musik mit Return
- ☺ Diskussion, Gespräche, Essen u. Trinken
- ☺ Ideenbörse und Beratung

Was wir brauchen, ist ein Antikrisenprogramm, das die wirtschaftliche Talfahrt wirksam stoppt, Arbeitsplätze sichert und zugleich verhindert, dass die Allgemeinheit mit den Folgen der geplatzen Spekulationsblase belastet wird.

Die Linke. fordert

- Millionäre stärker belasten - für ein gerechtes Steuersystem
- Ein Zukunftsprogramm für die Schaffung von mehr als 2 Millionen Arbeitsplätzen

**Sozialberatung  
und  
Bürgersprechstunde**

**Ort:**

LiLO-Büro

Burgstraße 4

41199 Mönchengladbach

Tel.: 02166 - 9792249

E - Mail: lilo-mg@gmx.de

**Öffnungszeiten**

Montag - Freitag

10:00 - 12:00 Uhr

und

16:00 - 18:00 Uhr

---

Sie möchten mitmachen?

## Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in DIE LINKE. Ich erkenne die Grundsätze des Programms und das Statut von DIE LINKE an.

Name:

---

Vorname:

---

Geburtsdatum:

---

Straße / Nr.:

---

Wohnort:

---

Telefon:

---

e - Mail:

---

Ort / Datum:

---

Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Vorstand Die Linke - KV Mönchengladbach  
Helmut Schaper  
Postfach 30 10 01  
D - 41191 Mönchengladbach

Pahlke bleibt – Sauna geht

Auf der 23. Sitzung des Freizeit-, Sport- und Bäderausschuss vom 19.03.2009 berichtete Kulturdezernent Fischer über den Stand der Renovierung des Pahlkebades. Im Februar diesen Jahres kam das „Okay“ der Finanzaufsicht aus Düsseldorf zur geplanten Sanierung und somit soll das im Frühjahr 2007 stillgelegte Bad im Herbst 2010 wieder in Betrieb gehen.

Aufgrund des Denkmalschutzes wird es wieder hergestellt, wie gehabt, also mit 10-Meter Turm. Nur in dem bisherigen Sauna Bereich zieht ein Kindergarten ein. Natürlich braucht Mönchengladbach mehr Kindergartenplätze, trotzdem ist jetzt das letzte Sauna-Angebot in städtischen Schwimmbädern erstmal gestorben. Dabei haben andere Städte längst entdeckt, dass mit einem Sauna- und Wellnessbereich gutes Geld zu verdienen ist. Bleibt zu hoffen, dass der im Vitusbad für diesen Zweck freigehaltene Raum bald einen Pächter findet, funktionierte doch die Sauna im Zentralbad mit ihren günstigen Massagen und anderen Leistungen auch sehr gut.

Nur worin lagen denn die Sicherheitsbedenken, die zur Schließung führten?

Die Antwort blieb Herr Fischer schuldig und somit bleibt ein fader Beigeschmack. Waren es vielleicht doch die Interessen der örtlichen Bau-Löwen, die das Bad an anderer Stelle neu bauen wollten, um so Bauland für eigene Wohnungsbau Projekte zu schaffen? Dann wäre den Rheydter BürgerInnen ein intaktes Bad wegen der gewohnten Klüngel-Politik vorenthalten worden. Dann könnte jetzt auch stückweise saniert werden und das Bad früher wieder eröffnet werden.